

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 09 88 646-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 230

30. November 1978

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, unterstützt Herbert Wehners Forderung nach mehr politischer Diskussion im Bundestag.

Seite 1/2

Conrad Ahlers MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, bezeichnet den Rücktritt des Generalinspektors Wust als notwendig.

Seite 3/4

Willi Müller MdB/MdEP beklagt die nur schlep-penden Fortschritte in der europäischen Umweltpolitik.

Seite 5/6

Der Bundestag muß politischer diskutieren

Abgeordnete müssen sich dem Bürger verständlich machen

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Herbert Wehner gehört dem Deutschen Bundestag seit seinem Bestehen, seit 1949, ununterbrochen an. Seine parlamentarische Erfahrung gehört unbestreitbar zu den größten Aktivposten der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Es kann uns deshalb nicht gleichgültig lassen, wenn Herbert Wehner beklagt, es gebe eigentlich keine wirkliche allgemeine politische Debatte mehr. Dies sollte nicht mißverstanden werden, so als ob der Bundestag seinen Aufgaben nicht mehr gerecht werde oder als ob sich die Leistung unseres Parlaments nicht sehen lassen könnte. Unbestreitbar bleibt zwar, daß die Arbeitsteilung im Bundestag und die fachliche Spezialisierung des einzelnen Abgeordneten mitunter zu wahren Fachgesprächen im Plenum führen, die von den Bürgern nicht mehr hinreichend verstanden werden. Aber die Verteilung der parlamentarischen Funktionen auf viele Schultern hat auch die Integration der Fraktionen nachhaltig gefördert und die Einbindung vieler Abgeordneter in verantwortliche Positionen ermöglicht.

Die Vereinbarung im Ältestenrat, probeweise für drei Monate im Bundestagsplenum Kurzdebatten mit jeweils zehnminütiger Redezeit für jeden Abgeordneten vorzusehen, stellt einen ersten Schritt auf dem Wege zu lebendigeren Diskussionen dar. Dabei sollten die Redner mehr als bisher den politischen Kern der Fragen herausarbeiten, um die im Plenum und in den Ausschüssen zwischen Koalitionsfraktionen und Opposition gerungen werden sollte. Die Abgeordneten vertreten die Bürger im Parlament, was auch bedeutet, daß sie ihre Beweggründe und Motive für die zu treffenden politischen Entscheidungen dem Bürger verständlich machen müssen.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

Einer der Hauptgründe, warum im Bundestag nur selten politisch diskutiert wird, ist bei der Opposition zu suchen. Sie besteht im Bundestag aus zwei miteinander konkurrierenden Parteien, die über persönliche und sachliche Meinungsverschiedenheiten hinwegzukommen versuchen. Der Eindruck muß entstehen, daß die Unionsparteien nur noch zur Erlangung der Macht zusammenhalten. Die Opposition hat kein erkennbares politisches Konzept. Ihr fehlt offenbar die Grundlage, die Koalitionsfraktionen in der Sache echt herauszufordern.

Bei einem leeren Plenum ist es für den einzelnen Bürger nicht immer leicht, sich im Parlament wiederzufinden. Es gibt viele und einsichtige Gründe, warum nicht immer alle Abgeordneten bei jeder Debatte im Plenum anwesend sein können. Auch nach reiflicher Überlegung sind keine Sanktionen in Sicht, die die Abgeordneten zwingen könnten, an Plenardebatten regelmäßig teilzunehmen. Meiner Auffassung nach ist die Reputation des Bundestages allerdings davon abhängig, daß die öffentliche Diskussion über das leere Plenum endlich aufhört. Insofern muß sich jedes Mitglied des Bundestages über die Konsequenzen im klaren sein, die sich daraus ergeben, wenn wichtige Entscheidungen des Parlaments nur unter Anwesenheit einer sehr kleinen Zahl von MdB getroffen werden.

Da das Präsenzproblem wohl nicht über eine Einschränkung der verfassungsrechtlich garantierten Rechte der Abgeordneten im Rahmen des Parlamentsrechts gelöst werden kann, sind hier auch die Fraktionen zu Änderungen aufgerufen. Es dürfte beispielsweise keine Fraktion mehr zulassen, daß Abgeordnete an Plenarsitzungstagen zur Teilnahme an Veranstaltungen von Vereinen oder Verbänden delegiert werden. Vielmehr müßte darauf geachtet werden, daß Abgeordnete ihre parlamentarischen Verpflichtungen mit Vorrang wahrnehmen und nur im alleräußersten Notfall andere Termine vorgehen. Ein Problem wäre freilich die Diskussion mit den 2.000 Besuchern an Plenarsitzungstagen.

Herbert Wehner ist zweifelsohne zuzustimmen, wenn er darauf aufmerksam macht, der Bundestag befasse sich zu wenig mit seinen eigenen Angelegenheiten. Die Reform der Geschäftsordnung, die am Schluß der letzten Wahlperiode im Dezember 1976 zur Verabschiedung anstand, ist bis heute immer noch nicht zu einem guten Ende gebracht worden.
(-/30.11.1978/vo-he/hgs)

Der Wechsel war nötig

Hans Apel hat unter starkem Druck seine Haltung bewahrt

Von Conrad Ahlers MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Unter dem Beifall der Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion hat der Vorsitzende Herbert Wehner auf der Sitzung am Dienstag dem Verteidigungsminister für die sachliche und vor allem faire Berichterstattung über den Fall des Generalinspektors Wust gedankt. Dieser Dank, der Hans Apel richtig wohl tat, kam zur rechten Zeit und war durchaus gerechtfertigt. Denn der Minister hatte sich in dieser auch für ihn schwierigen und ernsten Stunde gut geschlagen. Hemingway hat einmal definiert, Mut beweise derjenige, der auch unter starkem Druck seine Haltung bewahre. Dieser Feststellung hat Apel entsprochen.

Von General Wust kann man das gleiche nicht uneingeschränkt behaupten. Der Generalinspekteur hätte sich viel früher an den Minister wenden müssen, wenn er schon meinte, Grund zur Beschwerde zu haben. Er durfte den Minister nicht überraschen, so daß diesem genau das widerfuhr, was die Bundeswehr-Generalität sonst immer befürchtet, nämlich keine ausreichende Vorwarnzeit bei einem Angriff aus dem Osten zu haben. Diese unschöne Art bestätigt aber im nachhinein, wie notwendig die Trennung zwischen Apel und Wust geworden war. Diese Notwendigkeit zeichnete sich bereits seit einiger Zeit ab und war auch durch den verständlichen Wunsch des Verteidigungsministers, eine sogenannte Generalkrise zu vermeiden, nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Wie immer, wenn in der Bundeswehr etwas Spektakuläres geschieht, ertönt die publizistische Begleitmusik lauter als dies durch den Vorgang gerechtfertigt ist. Dies ergibt sich daraus, daß die deutschen Streitkräfte besonders kritisch beobachtet werden, was sehr wohl verständlich ist. Doch ist diese Aufmerksamkeit allzu oft von Mißtrauen diktiert. Demgegenüber muß immer wieder festgestellt werden, daß die Bundeswehr, jeden-

falls was ihre demokratische Zuverlässigkeit angeht, unser volles Vertrauen verdient. Daran können auch die besonderen Vorkommnisse nichts ändern, die bei einer Organisation von der zahlenmäßigen Größenordnung der Bundeswehr in der so viele junge Menschen dienen, gar nicht ausbleiben können.

Die Berichte und Kommentare zum Rücktritt des Generalinspektors haben einige seltsame Vorstellungen zutage gefördert. So war davon die Rede, die sozialdemokratischen Mitglieder des Verteidigungsausschusses seien wegen ihres Unvermögens, die Beschaffung des Frühwarnsystems AWACS zu verhindern, völlig frustriert und hätten sich am Generalinspektor schadlos halten wollen. Wie sehr eine solche Spekulation auf mangelnder Information beruht geht allein daraus hervor, daß die beiden Abgeordneten, die sich in Sachen Wust am weitesten vorgewagt hatten, trotz mannigfacher Bedenken schon seit längerer Zeit für die Beteiligung der Bundesrepublik an diesem NATO-Luftverteidigungssystem votierten.

Auch sogenannte Revanchegeleüste waren ihnen fremd. Es ging im Fall Wust vielmehr darum, dem Begriff der unteilbaren Verantwortlichkeit an der Spitze des Verteidigungsministeriums endlich Geltung zu verschaffen. Die Vernehmungen des Untersuchungsausschusses in der Spionagesache Lutze/Wiegel haben bedenkliche Mängel und Versäumnisse auch im Führungsstab der Streitkräfte und nicht nur im zivilen Bereich des Ministeriums aufgedeckt und außerdem ein ziemlich schlechtes Betriebsklima dort erkennen lassen. Offensichtlich war auf der Hardthöhe einiges durcheinander geraten, was nun unbedingt wieder in Ordnung gebracht werden muß, nicht zuletzt um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr aufrechtzuerhalten.

Es konnte eigentlich keinem Zweifel unterliegen, daß dafür ein neuer Mann an die Spitze des Führungsstabes gestellt werden mußte. Dabei steht die Frage, ob Pflichtwidrigkeiten begangen worden sind, ebenso wenig zur Diskussion wie die Frage eines persönlichen Verschuldens. Über beides hatte der Untersuchungsausschuß nicht zu befinden.

(-/30.11.1978/hi/hgs)

EG-Umweltpolitik kommt nur mühsam voran

Von Willi Müller MdB, MdEP

Schon vor rund fünf Jahren wurde das erste Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Umweltschutz verabschiedet. Inzwischen ist es um dieses Thema merkwürdig still geworden, und es erweist sich als schwierig, Auskunft über die Verwirklichung des Aktionsprogramms zu erhalten.

Folgendes steht jedoch fest: Von 1973 bis Ende 1977 sind dem Rat 43 Vorschläge für Richtlinien und Verordnungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes zugeleitet worden. Verabschiedet hat der Rat bis zu diesem Stichtag aber nur zwölf Richtlinien. 31 Vorschläge harrten am 31.12.1977 noch der Bearbeitung. Mit anderen Worten hat also der Rat ein Drittel von dem beraten, was ihm nach Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme und Veränderung durch das Europäische Parlament zugeleitet worden ist und darüber Beschlüsse gefasst. Zwei Drittel der Texte sind im Ministerrat "hängengeblieben". Diese Lage ist nicht nur bedauerlich, sondern schlechthin unbegreiflich, wenn man sich den gesellschaftlichen Stellenwert bewußt macht, der dem Umweltschutz heute zukommt. Umweltschutz darf nicht isoliert gesehen werden. Er hat die politische Landschaft in den neun Ländern der Gemeinschaft verändert und sogar zur Gründung neuer Parteien geführt.

Es ist Aufgabe der Beteiligten, nämlich Ministerrat, Kommission und Europaparlament, die Rückstände in der EG-Umweltgesetzgebung so schnell wie möglich aufzuarbeiten. Der Schwarze Peter liegt eindeutig beim Rat. Er muß eine "Prioritätenliste" aufstellen und Punkt für Punkt abhaken, indem er Beschlüsse fast. Der deutschen Präsidentschaft im Rat ist es zu danken, daß eine solche Liste besteht. Dabei darf es aber nicht bleiben: Der Liste müssen Taten folgen. Das Europäische Parlament wird dem Rat dabei auf die Finger sehen.

Bei der Umweltgesetzgebung stellt sich aber ein weiteres Problem: Selbst wenn eine Richtlinie oder eine Verordnung die Hürde des Rates genommen hat, gelten danach

endlos lange Fristen, die die nationalen Gesetzgeber in den neun Mitgliedsländern zwingen, dieses Gemeinschaftsrecht in nationales Recht umzusetzen. Dadurch tritt eine weitere Verzögerung ein.

Das Verhalten des Ministerrates gegenüber dem Europäischen Parlament stößt auch aus einem anderen Grunde auf Bedenken. Der Rat informiert das Parlament nicht über die Änderungen an den Texten. Welche Gründe hindern den Rat, zu Beschlüssen zu kommen oder bei Bedenken dem Europäischen Parlament seine Vorlagen zurückzugeben? Diese Praxis ist für Parlamentarier einfach unannehmbar. Sie muß geändert werden. Das Europäische Parlament interessiert auch, warum zum Beispiel die Benzin-Blei-Richtlinie in der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt werden konnte, in anderen Ländern der Gemeinschaft aber nur zu einem Teil.

Kein nationales Parlament ist noch in der Lage, Umweltgesetze zu verabschieden, wenn es nicht die Zustimmung der Gemeinschaft findet. Das ist weitgehend unbekannt. Die von der Kommission vorgelegten Richtlinien- oder Verordnungsvorschläge werden nämlich von vornherein von Sachverständigen aus den Mitgliedsländern kritisch begleitet. Diese sind zunächst einmal Leute, die die Interessen ihrer Regierungen wahrnehmen. Wenn sie von vornherein an allen Arbeitsgängen beteiligt sind, sollte man eigentlich annehmen, daß nachher im Rat die Entscheidungsfindung leichter wäre. Leider ist dies nicht der Fall.

Viele Bürger der Gemeinschaft würden sich mehr Initiativen der EG wünschen, auch auf dem Gebiete des Umweltschutzes. Es ist immerhin erfreulich, daß der Ratspräsident von Dohnanyi die Anregung aufgenommen hat, die Mitgliedstaaten regelmäßig im Ministerrat über den Stand der Umsetzung der Umweltschutzgesetzgebung der EG in die jeweilige nationale Gesetzgebung berichten zu lassen und auf diese Weise einen politischen Zwang zu schaffen. Dies könnte - zusammen mit einer größeren Entschlußfreudigkeit des Rates - der Beginn einer echten europäischen Umweltpolitik sein. (-/79.11.1978/hj/hqs)

+

+

+